

Berliner Stadtblatt

NEUKÖLLN

FÜR NEUKÖLLN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu (SPD) stellt sich und seine Ziele für Neukölln vor.

Seite 8

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK NEUKÖLLN · AUSGABE JULI 2017



Foto: Joachim Gern

Liebe Leserinnen und Leser,

soziale Gerechtigkeit ist das Thema unserer Zeit. Für mich bedeutet das vor allem, den Menschen soziale Sicherheit zu geben. Darum geht es, wenn Martin Schulz und die SPD über Bürgerversicherung, Rentenkonzepte und gute Arbeit reden.

Vieles kann nur auf Bundesebene geändert werden. Wenn es aber um gute Arbeit geht, dann sollen unsere Verwaltungen und Landesunternehmen Vorbild sein. Deswegen werden wir nach den notwendigen Jahren des Sparens die Löhne im öffentlichen Dienst bis 2021 wieder an den Bundesdurchschnitt anpassen.

Genauso wichtig ist es, Leistungen der Daseinsvorsorge wieder in kommunaler Hand zu halten. Zum Beispiel bei der Charité: Wir werden das CFM-Servicepersonal in eine 100%-ige kommunale Tochter zurückholen und in einem ersten Schritt die Löhne auf 11 Euro anheben. Ab 2019 ist die CFM wieder kommunal und wir wollen schrittweise zu branchenüblichen Tarifen kommen.

Dieser Senat steht für gute Arbeit. Das haben wir versprochen. Das halten wir.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Die härtesten Kieze brauchen die besten Kitas und die besten Schulen. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz kam nach Neukölln, um seine bildungspolitischen Thesen der Öffentlichkeit vorzustellen. v.l.n.r.: Neuköllner Bundestagsabgeordneter Dr. Fritz Felgentreu (SPD), Kanzlerkandidat Martin Schulz (SPD) und Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey (SPD).
Foto: Parmann

Martin Schulz in Neukölln

Der SPD-Kanzlerkandidat besuchte die Helene-Nathan-Bibliothek

Mit seinem Besuch in der Helene-Nathan-Bibliothek am 18. Mai startete Martin Schulz in seinen inhaltlichen Wahlkampf. Sein Thema: Bildung.

Dafür wählte er einen Ort, der für viele Deutsche in den Medien keinen guten Ruf hat: Neukölln. Der Kanzlerkandidat, der selbst die Schule abbrach, erzählte von seinem Scheitern im Bildungssystem und erwähnte auch, wie Bildung ihn als Menschen in seinem Leben nach der Schulzeit geformt hat.

30 Milliarden Euro. Das ist die konkrete Summe, die Deutschland jährlich mehr aufwenden müsse, um nur im Durchschnitt der OECD-Länder zu liegen.

Um nicht nur zum Mittelmaß zu gehören, müsste es also noch mehr sein. Dieses Geld will Schulz in Kitas, Schulen und Universitäten investieren, um Deutschland dauerhaft wettbewerbsfähig zu halten. „Der Rohstoff dieses Landes ist die gute Qualifizierung seiner Menschen. Es geht um nicht weniger als die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“, so der Kanzlerkandidat und Parteichef der SPD.

Von der Kita bis zur Uni gebührenfrei

Unter den Gästen ist neben der Neuköllner Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey auch Fritz Felgentreu, der Bundestagsabgeordnete und Direktkandidat

der SPD in Neukölln. Für den Politiker und Lehrer ist klar, dass gute Bildung und gelungene Integration zusammengehören: „Wir haben hier in Neukölln schon viel gemacht und es muss noch mehr sein. Ich sage: Die härtesten Kieze brauchen die besten Kitas und Schulen.“

Der Kanzlerkandidat Schulz will das Kooperationsverbot im Grundgesetz abschaffen, damit der Bund die Länder und Gemeinden finanziell unterstützen kann. Außerdem sollen eine Million neue Plätze an Ganztagschulen geschaffen und die bundesweite Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule ermöglicht werden. Mehr Sozialarbei-

terstellen an den Schulen sollen die Lehrer entlasten. Einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagschule forderte Schulz bereits seit Beginn seiner Kandidatur. Arbeit und Familie dürfe keine doppelte Last sein.

Auch für den Neuköllner Felgentreu ist insbesondere die Erweiterung des Ganztagsangebots wichtig, daher begrüßte er die bildungspolitische Position von Schulz. Er merkte an: „Gerade deshalb will ich mich auch wieder in den Bundestag wählen lassen, um Martin Schulz in diesen Forderungen zu unterstützen, denn am Ende geht es hier um Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler.“

IN DIESER AUSGABE

ZEIT FÜR FAMILIE
SPD will Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit: Union stellt sich quer
Seite 2

MÜLL-HOTSPOTS IN NK
Intensive Kontrollen zeigen Wirkung
Seite 2

FÜR MEHR SICHERHEIT
Polizei braucht mehr und gut ausgebildetes Personal
Seite 7

AUSBAU DER U7
Kommt die Verlängerung der U7 zum Flughafen?
Seite 8

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR BRIEFWAHL

Ab dem 14. August werden die Wahlbenachrichtigungskarten für die Bundestagswahl verschickt. Auf der Kartentrückseite befindet sich der Antrag zur Wahl per Brief. Auch online kann dieser bei den Bezirkswahlämtern gestellt werden. Doch was gibt es bei der Briefwahl überhaupt zu beachten?

Muss ich einen Grund für die Briefwahl angeben?
Nein.

Wie viele Stimmen habe ich?
Zwei. Auf der linken Seite des Stimmzettels wählen Sie mit der Erststimme einen Direktkandidaten aus Ihrem Wahlkreis. Rechts kreuzen Sie mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei an und bestimmen so das Kräfteverhältnis im Bundestag.

Und dann?
Nach erfolgter Wahl kommt der Stimmzettel in den blauen Umschlag. Danach unbedingt die eidesstattliche Erklärung unterschreiben (Ort und Datum nicht vergessen). Blauer Umschlag und Wahlschein kommen in den roten Umschlag. Der Brief muss innerhalb Deutschlands nicht frankiert werden.

Kann ich aus dem Ausland per Brief wählen?
Ja, hier muss der Brief ausreichend frankiert sein und spätestens am 24. September um 18 Uhr beim zuständigen Bezirkswahlamt vorliegen. Am besten per Luftpost versenden.

Gerechtigkeit. Zukunft. Europa.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vieles läuft gut in unserem Land und das verdanken wir den Menschen, die sich reinhängen und die sich engagieren. Dafür haben sie Respekt verdient, egal ob sie Busse fahren, auf unsere Kinder aufpassen oder uns medizinisch versorgen. Nicht immer geht es gerecht zu – und das wollen wir ändern!

Gerechtigkeit zu schaffen, heißt Politik zu machen, die bei den Menschen ankommt. Mir ist es wichtig, dass wir die zentralen Fragen unserer Zeit endlich

mutig anpacken! Dass wir gerechte Bildungschancen schaffen und den Wandel im Alltag und in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung zu einem Erfolg machen. Dass wir die Rente sichern, ohne die junge Generation über Gebühr zu belasten.

Die SPD hat ein umfangreiches Regierungsprogramm verabschiedet. Wir liefern Lösungen, Vorschläge, Ideen. Das unterscheidet uns von so manch anderer Partei, die für sich einen Regierungsanspruch erhebt, aber in Wirklichkeit seit Jahren nur den Status quo verwaltet.



Foto: Benno Kraehahn

Lassen Sie uns anspruchsvoll sein. Lassen sie uns investieren: in Schulen, Straßen, Forschung, schnelles Internet und in neue Wohnungen. Es geht auch

um unsere Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. Unsere Kinder haben ein gutes Leben in Sicherheit verdient – mit einer sauberen Umwelt, einer lebendigen Demokratie und mit Perspektiven für ihr eigenes Leben.

Lassen Sie uns gemeinsam für mehr Gerechtigkeit sorgen, die Zukunft gestalten und für ein besseres Europa kämpfen.

Ihr Martin Schulz

Das Regierungsprogramm der SPD finden Sie auf www.spd.de/programm

Alte Späthstraßenbrücke wieder öffnen

Auf den Spuren der Teilung: Mauerweg-Wanderung von Treptow nach Rudow

Am offiziellen Tag des Wanderns hatten die Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Felgentreu aus Neukölln und Matthias Schmidt aus Treptow-Köpenick (beide SPD) sowie der Wanderverein 1. WV Stramme Wade v. Berlin zu einer Mauerweg-Wanderung zwischen Neukölln und Treptow eingeladen.

Mit der Wanderung wurde an die 28-jährige Trennung der Bezirke Neukölln und Treptow durch die Berliner Mauer erinnert. Während der 15 Kilometer langen Strecke von Alt-Treptow bis Rudow wurde an diversen Denkmälern, Erinnerungsstellen und Mauerresten Halt gemacht. Drei Zeitzeugen haben dabei mit ihren persönlichen Erinnerungen die Geschichte der Mauer zwischen Neukölln und Treptow zum Leben erweckt: Harald Antrack, früher an der Grenze am Flutgraben für die DDR stationiert, erzählte am Wachturm Schlesi-scher Busch über seinen dortigen Dienst. Die beiden

ehemaligen Bezirksbürgermeister von Neukölln und Treptow, Frank Bielka (1989-1991) und Günter Polauke (1986-1989) haben zudem ihr historisches Aufeinandertreffen an der Massantebrücke nachgestellt und viel über die bewegte Wendezeit und ihre ganz persönlichen Eindrücke berichtet. Die Massantebrücke, die die Stubenrauchstraße über den Teltowkanal führt, verbindet nun die lange Zeit getrennten Berliner Stadtteile Neukölln und Treptow. Unterwegs wurden zudem geschichtsträchtige Orte wie der Standort des früheren Grenzübergangs Sonnenallee und Mahnmale, die an Opfer des DDR-Grenzregimes erinnern, besucht. Ein ganz besonderer Punkt war der Besuch der alten Späthstraßenbrücke. Hier ist ein Stück unvollendete Einheit manifestiert, die Dr. Fritz Felgentreu gemeinsam mit der Neuköllner Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey und der Stadtteilgruppe Neukölln des Allgemeinen Deutschen



Dr. Fritz Felgentreu fordert mit M. Schmidt (MdB), O. Igel (BzBm), F. Giffey (BzBm) und C. Emde (ADFC) die Wiedereröffnung der alten Späthstraßenbrücke.

Fahrrad-Club (ADFC) aufbrechen möchte, um sie wieder für den Fuß- und Radverkehr freizugeben. Bis zur Teilung der Stadt verband die Brücke die beiden Ortsteile Britz und Baumschulenweg über den Teltowkanal. Seit der Öffnung der

neuen Brücke ist sie funktionslos und zur Sackgasse geworden. Deshalb bemüht sich Felgentreu bereits seit Jahren um die Öffnung des technischen Denkmals für Fußgänger und Radfahrer. Leider zeigte der Bundesverkehrsminister Alexander

Dobrindt (CSU) und die zuständige Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) bisher kein Interesse an einer Wiedereröffnung, obwohl die Brücke baulich in einem guten Zustand ist. Fritz Felgentreu möchte sie jedoch

wieder öffnen, damit jeder von dort aus über den Kanal zum Mauerweg gelangen kann, wo sich täglich viele Spaziergänger, Skater und Radler tummeln. Kurz vor dem Ziel ging es vorbei an den Resten der Hinterland-mauer Rudower Höhe, dem südlichsten Denkmal der Berliner Mauer. Nördlich der Rudower Höhe – einem 28 Meter hohen ehemaligen Trümmerberg, der bis 1958 auch als Müllkippe genutzt wurde – befinden sich Reste der Hinterlandmauer an ihrem originalen Standort. Durch die Lage im Außenbezirk stand mehr Raum für den Grenzstreifen zur Verfügung, der hier deutlich breiter ist als im Berliner Zentrum. Ihre letzte Station fand die Wanderung am Neuköllner Mauerkreuz zu Ehren der Mauertoten, das erst kürzlich durch das Neuköllner Bezirksamt an den Standort am Neudecker Weg 7 versetzt wurde – ein würdiges Ende für eine anstrengende, aber sehr abwechslungsreiche und lehrreiche Wanderung.

Mehr Zeit für Familie

Rückkehrrecht – Raus aus der Teilzeitfalle

Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist für viele Eltern immer noch eine tägliche Herausforderung. 60 % der Eltern mit kleinen Kindern wünschen sich eine gleichmäßige Aufteilung von Familie und Beruf, aber nur 14 % können diesen Wunsch auch tatsächlich umsetzen.

Um diese Mütter und Väter besser zu unterstützen, hat die SPD nach dem Elterngeld auch das ElterngeldPlus eingeführt. Damit haben sie die Möglichkeit, Elterngeld bis zu 28 Monate zu beziehen.

Damit nicht nur Eltern mit kleinen Kindern profitieren, unterstützt der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu (SPD) die

„Familienarbeitszeit“. Das heißt: Wenn Mütter und Väter beide ihre Arbeitszeit reduzieren, um mehr Zeit für die Familie zu haben, gleicht der Staat einen Teil des Lohnausfalls aus.

Häufig haben aber gerade Frauen das Problem, dass sie ihre Arbeitszeit nicht wieder aufstocken können. Sie stecken in der Teilzeitfalle. Wer mehr arbeiten möchte, dem sollten keine Steine in den Weg gelegt werden. Genau das tut aber die Union. Obwohl im Koalitionsvertrag das Recht auf die Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit steht, ist ein Gesetzentwurf von SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles an Bundeskanzlerin Merkel und der Union gescheitert. Ein klarer

Bruch der Koalitionsvereinbarung.

Damit niemand Sorge haben muss, dass sie oder er später die Arbeitszeit wieder aufstocken kann, setzt Felgentreu sich für ein Recht darauf ein, in die alte Arbeitszeit zurückzukehren.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass die Menschen selbst bestimmen können, wie viele Stunden sie arbeiten. Insbesondere dann, wenn sie sich um ihre Familie und damit um die Zukunft der ganzen Gesellschaft kümmern.

Nur mit der SPD gibt es mehr Wahlfreiheit und Selbstbestimmung bei der eigenen Arbeitszeit.

MÜLL-HOTSPOTS IN NEUKÖLLN

INTENSIVE KONTROLLEN ZEIGEN WIRKUNG

Die Zusammenarbeit von Bezirksamt, Polizei, Ordnungsamt und einem Sicherheitsdienst zur Müllbekämpfung in Neukölln zeigt erste Wirkungen.

An den Hot-Spots, wo intensiv kontrolliert wurde, sind die Müllmengen weniger geworden und ein erster Müll-Sünder konnte auf frischer Tat im Mittelbuschweg ertappt werden. Durch die Kontrollen steht nun auch fest, dass ein Großteil des illegalen Mülls Gewerbemüll ist.

Die Müllablagung geschieht dabei organisiert und in sekundenschnelle, mitunter aus fahrenden Autos heraus. Vor diesem Hintergrund werden die



Kontrollen selbstverständlich mit hoher Intensität fortgeführt. In naher Zukunft gilt es auch das Ordnungsamt noch aktiver in die Kontrollen mit einzubinden. Es müssen Möglichkeiten ausgelotet werden, die Kollegen vom Ordnungsamt auch in ziviler Kleidung und in den

Nachstunden auf Kontrolle zu schicken. Diese Mehrbelastung bedeutet auch, dass der Bezirk mehr Personal im Außendienst benötigt. Denn das Entdeckungsrisiko muss real sein – Täter dürfen sich zu keiner Uhrzeit sicher fühlen.

Im Kampf gegen das Dauer-Problem Müll baut Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey (SPD) auf eine Anti-Müll-Strategie, die auf den drei Bausteinen Reaktion, Prävention und Repression fußt. Neben den Kontrollen an Müll-Hotspots hat das Bezirksamt Verbotsschilder aufstellen lassen und arbeitet eng mit der BSR zusammen, um Vermüllung entsprechend nicht nur vorzubeugen, sondern auch wieder zu beseitigen.

Ende gut. Saatgut.

Dr. Fritz Felgentreu spendet Saatgut und Pflanzkübel an Britzer Herman-Nohl-Schule

Anfang Mai besuchte der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu (SPD) die Herman-Nohl-Schule in Britz. Und zwar mit Pflanzkübeln und Saatgut im Gepäck – denn auf dem Stundenplan stand an diesem Tag: Ein Stück Natur inmitten der Großstadt.

Der Schulgarten der Britzer Bildungseinrichtung, die eine Grundschule, eine deutsch-italienische Europaschule und ein sonderpädagogisches Förderzentrum unter einem Dach vereint.

Stolz wie Bolle führen die Schülerinnen und Schülern der Britzer Schule den Bundestagsabgeordneten in ihrem Schulgarten herum. Stolz? Na klar. Hier sind sie die Chefs – denn der Schulgarten wird von den Schülerinnen und Schülern selbst versorgt. Ob Wildkräuter jäten, dem Anbauen verschiedener Gräser sowie Obst- und Gemüsesorten oder der Gestaltung des Grünbereichs, hier finden alle ein spannendes Projekt zum Umsetzen.

„Besonders begeistert war ich über das große Interesse



Dr. Fritz Felgentreu zu Gast an der Herman-Nohl-Schule in Britz.

der Kinder und die Freude, mit der sie in ihrem Garten ans Werk gehen“, so Dr. Fritz Felgentreu. Er hoffe er könne den Schülerinnen und Schülern mit seiner kleinen Spende an Saatgut und Pflanzkübeln etwas Gutes tun.

Für den Neuköllner Bundestagsabgeordneten der SPD ist Bildung eine Herzensangelegenheit. Getreu seinem Motto „Die härtesten Kieze brauchen die besten Kitas und die besten Schulen“ macht er sich im Bund für gleiche Bildungschancen stark.

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken
(Seite 1 unten, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz
(V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:
Christina Bauermeister, David Hiller,
Ulrich Horb, Birte Huizing, Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Bezirksseiten Neukölln
(Seiten 1 oben, 2, 7, 8)

Herausgeber:
SPD Neukölln
Hermannstraße 208
12049 Berlin

V.i.S.d.P.: Franziska Giffey (Kreisvorsitzende)

Redaktion der Bezirksseiten:
Sophia Ostner

Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel, Charly Hall
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

„Damit die Enkel ooch noch wat kriegen“

Ein Gespräch zweier Generationen über die Rente

Die Pankowerin Irmgard Schneider* (78) hat mit 14 Jahren ihre Ausbildung bei der DDR-Post angefangen, danach „durchjeackert“, bis sie 1999 mit 60 in Rente ging. Das Niveau ihrer Rente betrug damals ca. 50 Prozent ihres Verdienstes.

Ihr Enkel David H. (27) hat gerade seinen Job nach der Uni angefangen und würde nach geltendem Recht bei seinem Renteneintritt in 40 Jahren nur gut 40 Prozent seines Verdienstes bekommen.

Ein Gespräch über Renten-gerechtigkeit.



Wie sieht die Rente der Zukunft aus? David im Gespräch mit seiner Oma.

Foto: Christina Bauermeister

SB: Finden Sie das jetzige Rentensystem gerecht?

Irmgard Schneider: Nein. Die heutige Generation hat doch gar nicht mehr die Chance, 40 Jahre in einem Beruf zu bleiben.

David H.: Das stimmt. Meine Generation hat mehr Unterbrechungen im Arbeitsleben, etwa durch die Suche nach dem ersten Job nach dem Uniabschluss, befristete Arbeitsverträge oder weil man einfach mal eine Auszeit braucht. Das schlägt sich natürlich später in der Rentenhöhe nieder.

SB: Die SPD will die Rente wieder verlässlich machen – mit einem gesicherten Rentenniveau von 48 Prozent und einer Begrenzung des Rentenbeitragssatzes auf max. 22 Prozent. Halten Sie das für eine gute Lösung?

Irmgard: Das Konzept ist schon gut durchdacht. Aber lässt sich das auch finanzieren?

David: Wenn in gut zehn Jahren die „Babyboomer“ in Rente gehen, verändert sich das Verhältnis von Renteneinküfern und Beitragszahlern deutlich. Die SPD

will diese „Lücke“ durch einen steuerfinanzierten Zuschuss schließen. Das macht Sinn. Keinen Sinn machen für mich immer höhere Beiträge, so dass vom Lohn kaum noch etwas übrig bleibt.

Irmgard: Gerade diejenigen, die kein großes Einkommen haben, sind auf eine verlässliche und auskömmliche staatliche Rente angewiesen. Mein anderer Enkel ist Pfleger und hat zwei Kinder. Er kann gar nicht nebenher noch privat vorsorgen.

SB: In der Union wird ge-

rade über die Rente mit 70 nachgedacht ...

Irmgard: Das ist für mich Spinnerei. Das ist gar nicht möglich. Die Menschen sind so ausgepowert und zwar nicht nur jene, die schwer körperlich arbeiten müssen.

David: Zu den Veränderungen in der Arbeitswelt gehört auch zunehmender Druck und Stress. Eine Rente mit 70 finde ich deshalb ziemlich utopisch.

SB: Können Sie junge Leute verstehen, die sagen, dass sie kein Vertrauen mehr in die Rente haben?

Irmgard: Das kann ich nachvollziehen. Ich komme mit meiner Rente von 1.500 Euro monatlich sehr gut aus. Meine drei Enkel wissen ja nicht mehr, ob sie am Ende überhaupt noch etwas kriegen.

David: Ich selbst habe das Vertrauen in die staatliche Rente verloren. Ich würde mir das Konzept der SPD wünschen. Dann würde ich die Abzüge auf dem Lohnschein für die Rente wieder positiver wahrnehmen. Natürlich wäre ein höheres Rentenniveau als 48 Prozent

wünschenswert, aber dann wird es mit der Finanzierung schwierig. Heute finanziere ich – bildlich gesprochen – zusammen mit meinem Cousin Omas Rente.

Irmgard (unterbricht): Die habe ich mir alleine verdient.

David (lacht): In Zukunft wird sich das Verhältnis komplett umdrehen. 2040 wird jeder Dritte in Deutschland selbst Rentner sein.

CB

* Name geändert

DAS RENTENKONZEPT DER SPD KURZGEFASST:

- **Garantiertes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent bis 2030**
- **Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent bis 2030**
- **Mit dem steuerfinanzierten Demografiezuschuss werden auch höhere Einkommen angemessen an der Finanzierung beteiligt.**
- **Einführung einer gesetzlichen Solidarrente für langjährig Beschäftigte (35 Beitragsjahre oder länger), die 10 Prozent über dem durchschnittlichen Grundversicherungsanspruch am Wohnort liegt**
- **Einbeziehung bisher nicht versicherter Selbstständiger**

„Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit“

Innensenator Andreas Geisel im Stadtblatt-Interview zur inneren Sicherheit

SB: Herr Geisel, wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Themen Sicherheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden?

Andreas Geisel: Beide Themen sind eng miteinander verbunden. Sicherheit darf niemals nur eine Sache für einige Wenige sein, die sie sich leisten können. Der Staat hat die Aufgabe, alle zu schützen – unabhängig vom Einkommen. Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit.

Die SPD will in der aufgeheizten Debatte zur inneren Sicherheit die Stimme der Vernunft sein und fordert Sicherheit mit Außenmaß. Die Union fordert vor allem härtere Gesetze, gerade bei den Themen Terrorabwehr und Videoüberwachung. Gewinnt am Ende derjenige, der lauter schreit?

Am Ende gewinnt immer die Vernunft. Nach jedem Anschlag wird reflexhaft nach „Mehr“ gerufen: Mehr Härte, Mehr Gesetze, Mehr Videoüberwachung. Ich plädiere dafür, nicht immer nur nach Mehr zu rufen, sondern vor allem nach dem „Wie“ zu fragen. Wie schaffen wir es, in Zeiten des



Innensenator Andreas Geisel

Foto: SenInnSport / Bernhardt Link - Farbtonwerk

Terrors eine Sicherheitspolitik zu machen, die uns schützt und uns gleichzeitig nicht die Luft zum Atmen nimmt. Sicherheit mit Außenmaß trifft es ganz genau.

Bundesweit sollen laut SPD-Wahlprogramm 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern geschaffen werden. Würde diese Aufstockung helfen, um die Präsenz der Polizei etwa in den Berliner Wohnquartieren wieder zu erhöhen?

Ja, auf jeden Fall. Ganz klar brauchen wir mehr Polizistinnen und Polizisten. Gerade in einer wachsenden

Stadt wie Berlin. Und auch genau da, wo die Menschen sie brauchen: Als Ansprechpartner in den Kiezen. Wir sind gerade in den Haushaltsberatungen, um einen Ausbau der Polizei auch finanziell abzusichern. Ich bin da guter Dinge, dass uns das auch gelingt.

Zugenommen hat in Berlin laut Kriminalitätsstatistik vor allem die Kriminalität in Bussen und Bahnen. Was tut der Senat dagegen?

Richtig ist: Straftaten nahmen im ÖPNV im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr zu. Das lag insbesondere an der

Steigerung beim Taschendiebstahl. Allerdings, und das ist die gute Nachricht, sanken die Delikte mit Gewaltcharakter. Dieser Trend soll sich fortsetzen. Ich setze hier große Hoffnung auf die von mir wieder ins Leben gerufenen gemeinsamen Streifen von BVG und Polizei.

Beim Thema Videoüberwachung werden oft die Argumente einer besseren Aufklärung und Verfolgung von Straftaten gegen Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte ausgespielt. Welchen Weg geht Berlin in dieser Frage?

Berlin wird temporär und anlassbezogen Videoüberwachung einsetzen. Das heißt, dass wir nicht die gesamte Stadt mit Videokameras überziehen werden, sondern dort, wo es notwendig ist. Wir haben das beim Kirchentag getan, als Hunderttausende auf den Plätzen in Berlin unterwegs waren. Dort war es richtig und angemessen. Nehmen Sie London – die vermutlich bestüberwachte Stadt der Welt – ist nicht sicherer geworden.

Fragen: C. Bauermeister

Stichwort: Bürgerversicherung

Für Gesundheit und Pflege soll es künftig eine Bürgerversicherung für alle geben. Das fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm. Doch was bedeutet das?

Warum ist eine neue Versicherung nötig?

Gesetzlich Versicherte und privat Versicherte werden heute unterschiedlich behandelt. Die Bürgerversicherung beendet diese Zweiklassen-Medizin. Bislang nimmt die private Krankenversicherung vor allem jüngere, gesunde Versicherte mit höheren Einkommen auf und kann ihnen deshalb niedrigere Beiträge bieten. Das ist kein solidarischer System. In der Bürgerversicherung sind alle Mitglied, egal ob angestellt, verbeamtet oder selbständig. Alle werden gleichbehandelt. Ärzte erhalten für jeden Patienten die gleiche Vergütung. Die Kosten werden wieder paritätisch zwischen Versicherten und Arbeitgebern aufgeteilt, der Zusatzbeitrag für Versicherte entfällt.

Was muss ich tun, um in die Bürgerversicherung aufgenommen zu werden?

Wer gesetzlich versichert ist, kommt automatisch in die Bürgerversicherung. Für Beamtinnen und Beamte wird ein spezieller Tarif ge-

schaffen, um die bisherige Beihilferegulierung fortzuführen. Alternativ dazu können auch öffentliche Arbeitgeber künftig die Hälfte des Kas senbeitrags zahlen. Privat Versicherte können freiwillig in die Bürgerversicherung wechseln.

Wird die Bürgerversicherung für mich teurer?

Die Bürgerversicherung entlastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Geringverdiener durch niedrigere Beitragssätze. Das wird möglich, weil bislang privat Versicherte mit höheren Einkommen dann in die Bürgerversicherung einzahlen. Zusätzlich werden andere Einkünfte – etwa hohe Zinseinnahmen oder Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit – beitragspflichtig. Ehegatten und Kinder ohne eigenes Einkommen sind in der Bürgerversicherung kostenfrei mitversichert.

Die SPD regiert doch mit. Warum hat sie das nicht längst umgesetzt?

Die SPD konnte als Juniorpartner in der Großen Koalition in den Verhandlungen nur einen Teil ihrer Ziele durchsetzen. Die Bürgerversicherung scheiterte am Widerstand der CDU.

U. Horb

MELDUNGEN

**PREISWERTE
WOHNUNGEN
AUF DEM
DRAGONER AREAL**

Mit dem neuen Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Senat erhält Berlin vom Bund ab 2018 jährlich 50 Millionen Euro mehr für die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und Kultur.

In dem Vertrag verständigen sich Berlin und der Bund zudem auf den Tausch wichtiger Immobilien. Unter anderem geht das Kreuzberger Dragoner Areal am U-Bahnhof Mehringdamm in den Besitz Berlins über. Damit ist eine Privatisierung des 47.000 Quadratmeter großen Grundstücks vom Senat abgewendet worden. Stattdessen sollen dort nun vor allem preiswerte Wohnungen entstehen.

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) sagte, Berlin plane 500 bis 800 Wohnungen auf dem Areal. Zwischen 30 und 50 Prozent der Unterkünfte sollen Sozialwohnungen werden. Dazu der Regierende Bürgermeister Michael Müller: „Das ist von besonderer Bedeutung, da der Berliner Senat damit sein festgelegtes Ziel, der Entwicklung preisgünstigen Wohnens und Arbeitens an diesem Standort, verwirklichen kann.“

**KEINE
EXTRA-GEBÜHREN
IN KITAS**

Ab 2018 ist der Kita-Besuch für alle Altersgruppen an Berlins Kitas gebührenfrei. Dennoch ist es in vielen Kitas mittlerweile üblich, dass Eltern – etwa für zusätzliche Sprach- oder Sportangebote – Zuzahlungen leisten.

„Diese Fehlentwicklung will ich nicht hinnehmen. Wir wollen kein Zwei-Klassen-Kita-System, bei dem die finanziell Schwachen das Nachsehen haben“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Deshalb plant sie eine Änderung des Kinderförderungsgesetzes.

Konkret sollen für die Zuzahlungen Obergrenzen festgelegt werden. Außerdem sollen die Träger verpflichtet werden, zuzahlungspflichtige Angebote zu melden. Das bedeute nicht, dass nun alle Zusatzangebote in Kitas verboten würden, stellt Scheeres klar. Auch in Zukunft darf es Angebote von Dritten in Kitas geben. Die Voraussetzung ist immer, dass Eltern dies wünschen.

Schluss mit dem Lärm Berlin als smarte Stadt

Ein NEIN beim Volksentscheid zu Tegel entlastet 300.000 Menschen von Lärm und Schmutz



Ein Airbus kurz vor der Landung in Tegel; aufgenommen in der Nordlichtstraße.

Foto: Christina Bauermeister

Daniela Zielinski steht am Gartenzaun ihres Einfamilienhauses in der Nordlichtstraße in Berlin-Reinickendorf und versteht ihr eigenes Wort nicht. Gerade ist wieder ein Flugzeug in weniger als 50 Metern Höhe mit knapp 200 Stundenkilometern über die Siedlung gerauscht. Nur wenige Meter sind es von der Nordlichtstraße bis zur Landebahn des Flughafens Tegel.

Der Lärmpegel, den das Flugzeug verursacht, steigt zeitweise auf mehr als 90 Dezibel. Das entspricht der Lautstärke eines Benzinrasenmähers aus zwei Metern Entfernung. „Zumindest fliegen die Flugzeuge nicht direkt über unser Haus“, sagt Daniela Zielinski, die einen zweijährigen Sohn hat. Spielt der Junge draußen im Sand-

kasten, sieht er die Flieger knapp über die Nachbardächer rauschen.

Als Daniela Zielinski zusammen mit ihrem Mann vor zehn Jahren in die direkte Nachbarschaft des Flughafens zog, taten sie dies in der Erwartung, dass Tegel in naher Zukunft schließen würde. Nun hoffen sie, dass an der Entscheidung nicht gerüttelt wird und Tegel spätestens ein halbes Jahr nach der Eröffnung des BER schließt.

„Ich wäre schon sehr glücklich, wenn der Flughafen endlich weg wäre“, sagt Daniela Zielinski. Die junge Familie ist ein Beispiel für die 300.000 Berlinerinnen und Berlinern, die von starkem Lärm und Feinstaub betroffen sind und deren Lebensqualität sich nach der Schließung Tegels unmittelbar verbessern würde.

Statt dröhnender Flugzeugturbinen würde Familie Zielinski nach Ende des Flugbetriebs auf einem Teil des Flugfeldes Vogelgezwitscher und Kinderlachen hören. Denn das Nachnutzungskonzept des Senats sieht u.a. einen 250 Hektar großen Stadtpark vor, der für ein besseres Stadtklima sorgt. Ebenfalls ist ein Forschungs- und Industriepark geplant, wo Gründer, Studierende, Industrielle und Wissenschaftler zusammen die Stadt von morgen gestalten. Voraussichtlich entstehen hier bis zu 20.000 Arbeitsplätze. Zudem werden auf dem Gelände bis zu 9000 Wohnungen entstehen. Die Hälfte davon sind landeseigene Wohnungen mit günstigen Mieten.

Trotzdem wird es auf Initiative der Berliner FDP am 24. September einen nicht verbindlichen Volksentscheid über die Frage geben, ob Tegel offen bleiben soll. Sie argumentiert dabei vor allem mit der schnellen Erreichbarkeit von Tegel.

Daniela Zielinski kann darüber nur den Kopf schütteln. „Wie oft fliegt man denn? Wir maximal zweibis drei Mal im Jahr. Dafür nehmen einen etwas längeren Anfahrtsweg gern in Kauf“. Sie wird deshalb am 24. September beim Volksentscheid mit Nein zur Offenhaltung stimmen.

C. Bauermeister

Digitalisierung schafft Arbeitsplätze. Berlin als Gründerhauptstadt kann stolz auf die vielen Startups sein, die sich hier ansiedeln, um mit innovativen Geschäftsmodellen Berlins Wirtschaft voranzubringen.

Berlin wird nur dynamisch und attraktiv bleiben, wenn wir den Wandel gestalten und uns beherzt auf die digitale Zukunft vorbereiten. Ein Schlüssel dafür sind unsere exzellenten Hochschulen und die einzigartige Forschungslandschaft. Wir werden diesen Rückenwind nutzen, denn Berlin ist nicht mehr „arm, aber sexy“, Berlin ist „smart und innovativ“.

Für die neuen Jobs brauchen wir Fachkräfte. Gemeinsam mit Wirtschaft und Politik müssen wir mit einer Fachkräftestrategie dafür Sorge tragen, dass eine Abwanderung von Produktion nicht durch den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften begründet werden kann. Die Vermittlung von digitalen Kompetenzen ist essentiell, wenn wir Berlin für die Zukunft gut aufstellen wollen.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, den Hochschulen und der Wirtschaft, werden wir Berlin als „smarte Stadt“ zum bundesweiten Impulsgeber der Digitalisierung machen.



Der Regierende Bürgermeister und Landesvorsitzende der SPD Berlin diskutierte am 27. Juni auf einer Wirtschaftskonferenz im Willy-Brandt-Haus über das Thema „Digitalisierung als Motor für Berlins Wirtschaft“.

Foto: Christina Bauermeister

Der dritte Weg zwischen Kaufen und Mieten

Jede/r neunte Berliner/in wohnt in der Genossenschaft, und das will der Senat nun verstärkt fördern

In Berlin drehen sich die Baukräne. Neue Wohngebiete entstehen, und die Erwartung, dass sich der Wohnungsmarkt bald entspannt, ist berechtigt. Doch nicht alles, was neu entsteht, hilft Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Dies hat der neue Senat erkannt und sofort begonnen, gegenzusteuern.

Im Koalitionsvertrag werden drei Adressaten für neuen bezahlbaren Wohnraum genannt, die besonders gefördert werden: „Die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften, aber auch Genossenschaften und innovative Wohnprojekte.“ Eine Bedingung gilt dabei: Dass der Anteil von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung bis zu 30 Prozent der Wohnfläche beträgt. Hier können die Genossenschaften mithalten. Berlin ist nicht nur eine Mieterstadt, sondern auch eine Metropole des solidarischen Wohnens. Jede/r neunte BerlinerIn wohnt in



Die neue bbg-Wohnanlage „Carls Blüte“ in Karlshorst bietet Platz für 168 Wohnungen

Foto: Ulrich Rosenbaum

einer Genossenschaftswohnung.

Schon 1886 wurde Berlins erste Baugenossenschaft von Facharbeitern, Handwerkern und Beamten gegründet, die ihr Geld zusammenlegten, um modern, menschengerecht und dennoch günstig zu bauen: die Berliner Baugenossenschaft eG. Die bbg ist heute mit mehr als 7.000 Wohnungen in 85 Anlagen eine der größten Genossen-

schaften Berlins. Das Grundprinzip ist geblieben: Wer eine Wohnung haben möchte, zahlt zum Beispiel für 3.000 Euro Genossenschaftsanteile ein. Dann ist er nicht Mieter, sondern Mitglied und „Nutzer“. Er hat ein Dauernutzungsrecht auf Lebenszeit und kann bevorzugt eine kleine oder größere Wohnung bekommen, wenn sich die Lebensverhältnisse ändern.

Wir sprachen mit Jörg Wollenberg, Vorstand der bbg: „Unsere Wohnungen sind günstig, nicht billig. Wir erhöhen nur, wenn es wirtschaftlich unausweichlich ist. Derzeit sind für uns 10 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter die Oberkante im Neubau. Aber die Vielzahl der Wohnungen im Bestand liegen unter 6,50 Euro.“

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hatte den Genossenschaften versprochen, ihnen Zugang zu öffentlichen Grundstücken zu verschaffen. Derzeit wird zwischen Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke), Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) mit den Baugenossenschaften verhandelt, damit eines nicht passiert, was Wollenberg von der bbg so ausdrückt: „Wir wollen nichts geschenkt haben, aber wir möchten auch nicht zwischen städtischen Gesellschaften und finanzkräftigen Investoren in die Röhre gucken.“

Und damit das nicht passiert, könnte es so laufen:

Die Baugenossenschaften bekommen öffentliche Baugrundstücke und garantieren, dass in ihrem Wohnungsbestand genügend preiswerte Wohnungen – auch mit Wohnberechtigungsschein – angeboten werden. Wer den Genossenschaftsanteil nicht gleich zahlen kann, der kann das auch ratenweise tun.

Und wie kommt man an eine Genossenschaftswohnung? Unter www.wohnungsbau-genossenschaften.de kann man eine passende Genossenschaft suchen. Selten wird man sofort eine Wohnung finden, aber es lohnt sich, schon Mitglied zu werden und damit auf der Warteliste zu stehen. Die Chancen sind besser geworden, denn auch die Genossenschaften bauen derzeit kräftig neu.

Die bbg zum Beispiel hat gerade die „Carls Blüte“, eine neue Wohnanlage mit 168 Wohnungen in Karlshorst errichtet. Viele Mitglieder ziehen dorthin um und machen ihre Wohnungen frei.

„Es ist der typische Papiergeruch“

Der Berliner Buchhändler Jürgen Schleicher über sein Erfolgsrezept in Zeiten des Onlinehandels

Jürgen Schleicher ist SPD-Mitglied und Buchhändler – wie Martin Schulz. Ein Besuch bei „Schleichers“ in Dahlem.

Dass der Beruf des Buchhändlers wieder zum Gesprächsthema geworden ist, liegt auch an ihm: Martin Schulz. Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat ist von Hause aus ein Buchhändler aus Leidenschaft. Er machte eine Lehre und gründete 1982 seine eigene Buchhandlung in Würselen. Martin Schulz weiß: Wer erfolgreich sein will, muss selber viel lesen. Die Lehre sei für ihn eine Art „Studium generale“ gewesen.

Jürgen Schleicher kann die Empathie nachempfinden, die Schulz für das Buch hat. Die von ihm gegründeten Buchhandlungen „Schleichers“ am U-Bahnhof Dahlem-Dorf und „Kohlhaas & Company“ an der Fasanenstraße gehören zu den angesehensten Buchläden in Ber-



Jürgen Schleicher vor seiner Buchhandlung am U-Bahnhof Dahlem-Dorf.

Foto: Ulrich Rosenbaum

lin, 2016 mit dem Deutschen Buchhandelspreis ausgezeichnet. Sein Handwerkszeug erwarb er beim Studium der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, und als ab 1967 die Studenten politisch wurden, be-

gann er, vor der Mensa einen kleinen Bücherstand aufzubauen und die politische Literatur anzubieten.

Weil er von Willy Brandts Ost- und Friedenspolitik überzeugt war, trat Schleicher der SPD bei. Der SPD-Ortsver-

ein Dahlem tagte damals im Gasthof Schillings (heute „Luise“). Dort stand neben der Gaststube ein 40 Quadratmeter großes Ladengeschäft leer. Schleicher mietete es, um dort seine erste Buchhandlung aufzumachen.

Jetzt konnte er nicht mehr nur politische Literatur, sondern alles anbieten, was die Verlage auf den Markt brachten. Heute liegt sein weit größerer Laden genau gegenüber.

Jürgen Schleicher weiß wie einst der junge Martin Schulz: Man muss selber viel lesen, um die richtigen Bücher nach vorne in die Auslage zu stellen und die Kunden zu beraten. „Bestseller-Listen helfen da wenig, man muss selber ein Gespür haben, was ankommt“, sagt er. Aber das ist nicht alles: Regelmäßig lädt er zu Lesungen und anderen Veranstaltungen, die meistens schnell ausgebucht sind. „Kundenbindung ist das A und O“, so Schleicher. Die Buchhandlung als Ort der Bildung: Vorbild für viele Buchhändler in Berlin war einst die Buchhandlung Elwert und Meurer, die das zum Prinzip gemacht hatte.

Sie ist, als der Berliner Buchmarkt rund um die Wende-

zeit durchgeschüttelt wurde, ebenso verschwunden wie Kiepert an der Hardenbergstraße oder im Osten der Stadt „Das gute Buch“, die „Internationale Buchhandlung“ und die „Karl-Marx-Buchhandlung“. Eine neue Groß-Buchhandlung ist mit Dussmann entstanden, und es gibt die Filialen bundesweiter Ketten.

Und dann kam der Onlinehandel. Zum Glück aber existieren viele familiengeführte Buchhandlungen wie Schleichers, die davon leben, dass die Kunden das mögen, was Martin Schulz so ausgedrückt hat: „Es ist der typische Papiergeruch.“ Jürgen Schleicher wünscht sich von seinem prominenten Kollegen, „dass er alles tut, um einen vielfältigen Buchhandelsmarkt zu erhalten und die Menschen zu motivieren, beim Buchladen im Kiez zu kaufen und die Arbeitsplätze zu erhalten“.

Ulrich Rosenbaum

Ballartisten unter Berlins Himmel Schnittmuster und Politik

Fußball-Ausstellung im Ephraim-Palais



Die Hertha-Mannschaft, die 1906 die erste Berliner Meisterschaft für den Verein holte. © Hertha BSC

Es sind wunderbare 90 Minuten. Ein Auf und Ab der Emotionen. Seit 125 Jahren oder gar mehr begeistern sich Berlinerinnen und Berliner für Fußball. Ihm widmet das Berliner Stadtmuseum im Ephraim-Palais am Mühlendamm eine aufschlussreiche Ausstellung. Anlass ist der 125. Geburtstag des Berliner Bundesligisten Hertha BSC.

Die Ausstellung auf drei Etagen fächert Berliner Fußballleben in elf Kapiteln auf. Interessante Exponate wie einen Lederfußball von 1910, den Pokal und Wimpel zur Brandenburgischen Meisterschaft von Hertha BSC 1935, ein selbstgenähtes Fußballtrikot aus der Notzeit 1948 sowie Plakate, Eintrittskarten und zahlreiche Dokumente, die von den Restauratorinnen des Museums liebevoll aufbereitet wurden. Vor allem ein reicher Fotofundus macht die Berliner Fußballszene aus Jahrzehnten anschaulich.

„Hauptstadtfußball“ widmet sich nicht nur dem lang-

jährigen Bundesligisten Hertha BSC, sondern ermöglicht einen Streifzug durch den gesamten Berliner Fußball, der mit rund 400 Vereinen mit 3.662 Mannschaften und mehr als 146.000 Mitgliedern ein sportliches Schwergewicht darstellt.

Die Ausstellung präsentiert neben dem Geburtstagskind Hertha BSC die große Bandbreite der Vereine. Da darf der BFC Germania aus Tempelhof von 1888 nicht fehlen, der Neuköllner Verein SC Tasmania 1900 oder Tennis Borussia 1902 aus Charlottenburg. Der BFC Union (gegr. 1966) geht auf einen Vorgängerverein aus Oberschöneweide von 1906 zurück. Die Vereine aus Hohenschönhausen ASK Vorwärts (gegr. 1951) sowie der BFC Dynamo (gegr. 1954) holten die meisten Meistertitel in der DDR.

125 Jahre Fußball in Berlin, das zeigt die Ausstellung, ist auch ein Kapitel Zeitgeschichte. Viele Vereine haben eine lange Tradition wie

der jüdische TuS Makkabi, der auf eine Vereinsgründung von 1898 zurückgeht. Erinnert wird auch an die Fußballer der Arbeitersportvereine, wie etwa an ASV Fichte am Baumschulenweg. Die Arbeitersportvereine wurden 1933 von den Nazis verboten.

Die Migrationsgeschichte Berlins spiegelt sich in der Verbandsgeschichte wider. Die Berliner Fußballlandschaft haben Vereinsgründungen von Zuwanderern bereichert, wie beispielsweise der SD Croatia oder BSV Al-Dersimspor.

Gunter Lange

Hauptstadtfußball

Ausstellung vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018
Ephraim-Palais,
Poststraße 16, 10178 Berlin
Di, Do–So 10–18 Uhr
Mi 12–20 Uhr
Eintritt: 6,00 / erm. 4,00 €
bis 18 Jahre frei
www.hauptstadtfussball.berlin
Freikarten für die Ausstellung

Ausstellung am Gedenkort für Annedore und Julius Leber

Es sieht noch nach viel Arbeit aus. Die zerfallene einstöckige Baracke muss instandgesetzt werden, das Gelände, derzeit mit einem Bauzaun gesichert, soll zu einer offenen und einladenden Begegnungsstätte werden. Freiluft-Ausstellungen erzählen regelmäßig von der Geschichte dieses Ortes: Derzeit stellen Schautafeln die Publizistin Annedore Leber vor.

Der Ort ist geschichtsträchtig. An der Torgauer Straße war die Kohlenhandlung von Julius und Annedore Leber. In einer kleinen Holzbaracke, die im 2. Weltkrieg abgebrannt ist, traf Julius Leber mit Widerstandskämpfern zusammen, die am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler verübten. Der Sozialdemokrat Leber, als Innenminister einer künftigen Regierung vorgesehen, wurde von den Nazis Anfang 1945 hingerichtet.

Seine Witwe Annedore war nach dem Krieg publizistisch tätig – als Mit-Herausgeberin der SPD-nahen Tageszeitung Telegraf, die im März 1946 erschien und ab Herbst 1947 als Verlegerin der Monatszeitschrift „Mosaik“, die die Frauen im Nachkriegs-Berlin mit Politik und Demokratie vertraut machte. Politische Kommentare, Porträts über spannende Frauen, Visionen einer neuen frauengerechten Baupolitik und Reportagen aus dem Alltag der Berlinerinnen wurden ergänzt durch Modetipps und praktischen Schnittmusterbögen. In Büchern hielt Annedore Leber das Vermächtnis von Julius Leber und des Widerstandskampfes wach. Ihr Verlag zog 1950 in das neuerrichtete Gebäude auf dem Gelände der Kohlenhandlung.

Die neue Ausstellung haben Egon Zweigart, Andreas Bräutigam, Dörte Dohl und

Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg entwickelt. Im Stadtteilverein kümmert sich ein eigens eingerichteter Arbeitskreis um den Gedenkort.

Nach langen Verhandlungen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat der Verein im Herbst 2016 einen Nutzungsvertrag für das Gelände abgeschlossen. Zusammen mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Nachbarschaft, so die Vereinsvorsitzende Martina Fiebelkorn, soll ein lebendiger Lern- und Gedenkort entwickelt werden. Dafür braucht der Verein Geld. „Wir rechnen mit 5000 Euro Planungskosten, dann ist ein Antrag auf Lottomittel für die Instandsetzung möglich“, hofft Martina Fiebelkorn. Für die laufenden Kosten von etwa 12.000 Euro werden ständige Unterstützer gesucht, die auch mit kleinen Beträgen zum Erfolg beitragen können. Ebenso willkommen, so Egon Zweigart, ist tatkräftiges Anpacken: „Einfach mal helfen.“

U. Horb



Egon Zweigart, Martina Fiebelkorn und Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg am Gedenkort für Annedore und Julius Leber, an dem bis zum Herbst die Ausstellung über Annedore Leber als Publizistin zu sehen ist.

Foto: Ulrich Horb

Freiluft-Ausstellung

Torgauerstr. 24-25,
gegenüber Leberstraße
10829 Berlin

Spenden: Stadtteilverein
Schöneberg e.V.,
IBAN: DE96 1002 0500
0003 1127 11, Stichwort:
Fördererkreis Lern- und
Gedenkort

Weitere Informationen:
www.gedenkort-leber.de

Gut zu wissen!

Impfberatung · Roaming-Gebühren · EU-Reisen · Zahlungsdiensterichtlinie · Label-Dschungel



Verpflichtende Impfberatung

Foto: Adobe Stock · Picture-Factory

VERPFLICHTENDE IMPFBERATUNG

In Deutschland gibt es keine Impfpflicht, aber seit Juni eine verpflichtende Impfberatung.

So sieht es das Epidemiologie-Gesetz des Bundesgesundheitsministeriums vor. Danach sind Kitas verpflichtet, jene Eltern den Gesundheitsämtern zu melden, die keine Impfberatung in Anspruch genommen haben. Bis zu 2.500 Euro Geldstrafe kann dies nach sich ziehen. Gerade in Berlin kam es immer wieder zu Masern-Ausbrüchen. Mit dem 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz sind Eltern dazu verpflichtet, vor dem Kita-Eintritt ihres Kindes an einer

ärztlichen Impfberatung teilzunehmen. Schon heute können ungeimpfte Kinder vorübergehend vom Besuch einer Kita oder Schule ausgeschlossen werden.

ENDE DER ROAMING-GEBÜHREN

Jeder hat sich schon einmal geärgert: Im Urlaub schnell Bescheid sagen, dass man gut angekommen ist und schon sind etliche Cents mehr auf der Telefonrechnung. Das hat seit dem 1. Juni 2017 dank der EU ein Ende.

Ab jetzt können Sie bei Reisen in EU-Länder sowie in Norwegen, Island und Liechtenstein ohne Zusatzgebühren telefonieren, SMS

schreiben und surfen. Und auch wenn Sie im Ausland angerufen werden, entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten. „Telekommunikation ist kein Bereich für Grenzen. Kosten für die Nutzer müssen sich stärker an den wirklichen Kosten der Unternehmen orientieren“, so Verbraucherschutzminister Heiko Maas. Dennoch gibt einiges zu beachten: Im Ausland den Arzt vor Ort anzurufen, ist kein Roaming, das Telefonat vom Ausland nach Deutschland aber schon. Die Roaming-Regeln gelten nicht in der Schweiz und der Türkei. Und Achtung: Auf Kreuzfahrtschiffen, Fähren und in Flugzeugen gilt die Verordnung nicht. Hier kann es zum Teil richtig teuer werden. Augen auf auch bei den Deutschlandtarifen einiger Discounter: Damit kann wirklich nur im Inland telefoniert werden.

MEHR RECHTE UND SICHERHEIT BEI EU-REISEN

Die gute alte Pauschalreise kommt nicht aus der Mode: Alt wie Jung, vor allem aber Familien greifen gerne darauf zurück. Denn: Wer eine Pauschalreise bucht, ist abgesichert.

Reiserecht in Europa war bisher uneinheitlich geregelt. Mit der EU-Pauschalreise-



Abgesichert durch Pauschalreise

Foto: Adobe Stock · Friedberg

richtlinie bekommen UrlauberInnen mehr Rechte und mehr Sicherheit. Können Reisende z.B. wegen außergewöhnlicher Umstände nicht zurückfliegen, muss der Veranstalter neben den neuen Rückflugkosten auch die Beherbergungskosten für bis zu drei Übernachtungen tragen. Auch neu: Reismängel können gegenüber dem Reiseveranstalter, also z.B. gegenüber dem Reisebüro, und müssen nicht mehr zwingend gegenüber dem Reiseveranstalter angezeigt werden.

Dafür hat man jetzt sogar zwei Jahre lang Zeit. Ausführlich Informationen finden Sie auf www.bmjv.de unter dem Stichwort Pau-

schalreise.

BEZAHLEN OHNE UNFAIRE ZUSATZGEBÜHREN

Seit dem 1. Juni 2017 ist das Wortungstüm Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie in Kraft.

Dank der EU dürfen Händler zukünftig keinen Aufpreis mehr von ihren Kunden verlangen, wenn diese online oder offline mit gängigen Karten oder per SEPA-Überweisungen und Lastschriften bezahlen. Auch wenn etwas schief geht, gibt es jetzt mehr Schutz. So müssen Banken ihre Kunden stärker dabei unterstützen, durch Fehlüberweisungen verloren gegangenes

Geld zurückzubekommen. Wird die Kreditkarte entwendet, reduziert sich der Eigenbeitrag von 150 auf 50 Euro. Und, was in Deutschland schon lange gilt, gilt jetzt auch in allen EU-Ländern: Lastschriften können binnen acht Wochen EU-weit bedingungslos erstattet werden.

LICHT IM LABEL-DSCHUNDEL

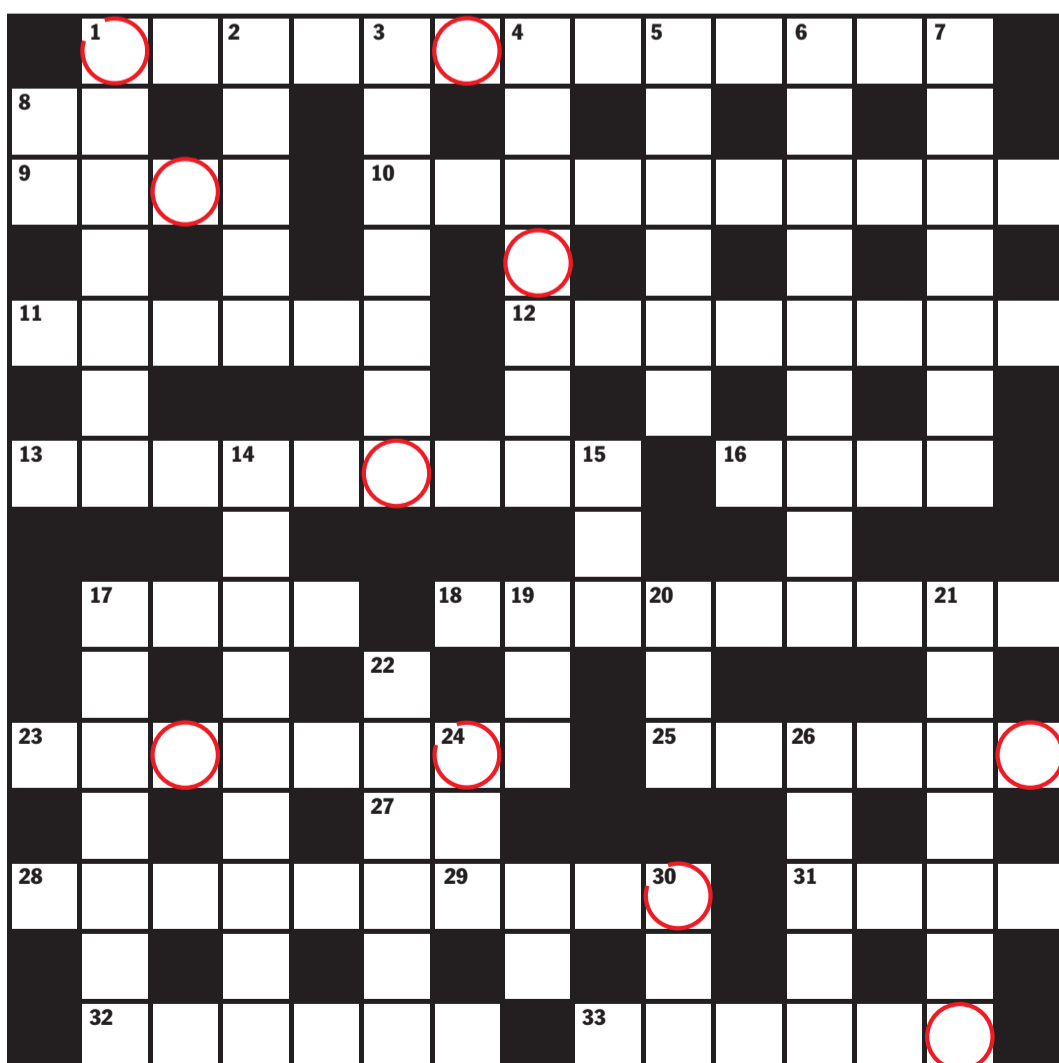
Sie sollen Orientierung geben, zum gesünderen Leben animieren oder helfen, die Umwelt zu schonen: Labels auf Verpackungen und Kleidung. Doch oft fragen sich Verbraucherinnen und Verbraucher: Welches Label steht noch mal für was?

Es gibt z.B. beim Fischkauf oder Kosmetika einfach zu viele. Auf label-online.de wird transparent und unabhängig über einzelne Labels informiert. Besonderer Clou: der Barcode-Scanner. Damit geht verantwortungsvolles Einkaufen noch einfacher.



Weitere Informationen:

Berliner Preisrätsel



WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 politisch Untaugliche
- 8 Berliner Traditionstheater (Abk.)
- 9 Studierendenvertretung
- 10 Zeit ohne Sommer
- 11 Hitzefrei im Urlaubsfieber
- 12 überraschend spielen und dealen
- 13 Schlüssigkeit
- 16 Oberseite der Handwurzel
- 17 Gutgemeinter Rat vorm Pferderennen
- 18 Schulz ./ Merkel
- 23 schwacher, natürlicher, elektrischer Strom in der Erdrinde
- 25 Jottwede ohne Arbeit und Schule
- 27 Uckermark (Kfz-Kennzeichen)
- 28 Wirklich wahre und faire Populisten
- 31 Röhre, die uns fliegen lässt
- 32 Verdienstvolle Lebensmittelverwerter
- 33 Krautige Pflanzen

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 Fachministerium, Redaktionsabteilung
- 2 Steckt man ab im Wilden Westen
- 3 Steinalter Behälter für Bier und Wein
- 4 Das tun Sie zurzeit
- 5 Traurige Begleiterscheinung
- 6 Die Aktuellste heißt „Laudato si“
- 7 Herausragendes Fremdwort
- 8 Britische Fluglinie (Abk.)
- 14 Anti-Gen zum Schlucken und Pieksen
- 15 Des Körpers allerunterste Etage
- 17 Komposition für drei Singstimmen
- 19 Angeblich sündenfrei
- 20 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (Abk.)
- 21 Berliner, Brandenburger (und Münsteraner Fußballer)
- 22 den Schenkel betreffend (med.)
- 24 Unbezahltes Kinder mädchen
- 26 Schlimmer Begleiter des Fußballs
- 29 Technische Universität (Abk.)
- 30 Helfer gesucht

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben **einen der bedeutendsten Wochentage des Jahres 2017, nämlich den Tag des Ferienbeginns in Berlin.**

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.07.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Freikarten (inkl. Führung) für die Ausstellung „Hauptstadtfußball – 125 Jahre: Hertha BSC und Lokalrivalen“ im Ephraimipalais, Poststr. 16, 10178 Berlin Die Ausstellung läuft vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **MARTIN SCHULZ** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

GEWINNE: 10 FREIKARTEN FÜR EINE AUSSTELLUNG ZUR BERLINER FUSSBALLGESCHICHTE MEHR INFORMATIONEN ZUR AUSSTELLUNG FINDEN SIE AUF SEITE 5

Sicher sein und sich sicher fühlen

Polizei braucht mehr und gut ausgebildetes Personal sowie eine moderne Ausstattung

Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis jedes Menschen. Vorfälle wie der U-Bahn-Treter am Bahnhof Hermannstraße, der vermehrte Drogenkonsum am Bahnhof Neukölln, Körperverletzungen, Vandalismus und vor allem auch Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl vieler Neuköllnerinnen und Neuköllner.

Um etwas dagegen zu tun, brauchen wir einen starken und handlungsfähigen Staat. Dazu gehören mehr und bessere Präventionsangebote und eine effektive Strafverfolgung.

Dem Neuköllner Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Felgentreu (SPD) ist es besonders wichtig, dass die sogenannte Alltagskriminalität von der Polizei mehr verfolgt, aufgeklärt und damit auch verhindert wird. Auch der Kampf gegen die organisierte Kriminalität ist nach wie vor ein großes und wichtiges Thema in Neukölln. Doch um erfolgreich dagegen vorzugehen,

braucht die Polizei mehr und gut ausgebildetes Personal sowie eine funktionsfähige und moderne Ausstattung. Nur so kann sie bei Straftaten schnell und wirksam durchgreifen. Außerdem müssen endlich illegale Gelder wirksam beschlagnahmt werden können. Dafür müssen Verdächtige in Zukunft beweisen, dass sie ihre Gelder legal erworben haben – sonst wird es eingezogen.

Auch die Beratungsangebote der Polizei für Bürgerinnen und Bürger zum Schutz vor Kriminalität müssen weiter ausgebaut werden. Die SPD fordert daher, dass mindestens 15.000 neue Polizistinnen und Polizisten in Bund und Ländern eingestellt werden. Auch die Ausweitung der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten wie an den S- und U-Bahnhöfen Hermannplatz, Hermannstraße und Neukölln sowie bei großen Menschenansammlungen hilft Gefahren vorzubeugen, Beweise zu sichern und wirkt



Auf einer Veranstaltung von Fritz Felgentreu erklärte das Präventionsteam der Polizei, wie man die eigenen vier Wände richtig absichert.

abschreckend auf Täterinnen und Täter. Doch Videoüberwachung allein ist kein Allheilmittel. Prävention und Aufklärung sind weiterhin die besten Mittel, um Kriminalität vorzubeugen.

Gleichzeitig können alle Menschen in Neukölln ei-

nen Beitrag zu mehr Sicherheit leisten: Indem alle mit offenen Augen durch die Nachbarschaft gehen und die Polizei bei ihrer Arbeit unterstützen. Gerade mit Blick auf Wohnungseinbrüche in Neukölln. Auch wenn die Zahl der Einbrüche seit

2015 sinkt, so ist doch gerade der Süden Neuköllns in den Wintermonaten vermehrt von Einbrüchen betroffen. Ein Einbruch in die eigenen vier Wände stellt für die Betroffenen eine enorme Belastung dar und beeinträchtigt das Sicher-

heitsgefühl nachhaltig. Dabei ist nachgewiesen, dass viele Wohnungseinbrüche durch präventive Maßnahmen verhindert werden können. Deswegen ist es erfreulich, dass bereits jetzt im Rahmen des Programms „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ insgesamt 30 Millionen Euro bis Ende 2017 zur Verfügung stehen um Maßnahmen zum Schutz vor Einbrüchen zu fördern. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat die Mindestinvestitionssumme von 2.000 auf 500 Euro herabgesetzt. Damit können künftig auch alle Bürgerinnen und Bürger, die weniger als 2.000 Euro in Sicherheit investieren wollen, eine Förderung erhalten.

Zusätzlich fordert der SPD-Politiker Felgentreu, dass Einbruchssicherheit noch mehr durch steuerliche Programme gefördert wird, indem zum Beispiel einbruchshemmende Fenster und Türen staatlich gefördert werden: damit Neukölln wieder sicherer wird.

MIETPREISE UND WOHNRAUM IN NEUKÖLLN

FÜR WOHNUNGSBAU UND MITPREISBREMSE 2.0

Neukölln hat sich in den letzten Jahren zu einem beliebten Wohnquartier entwickelt. Damit die bunte Mischung erhalten bleibt und die „Alteingesessenen“ vor Verdrängung geschützt werden, müssen die Mieten bezahlbar bleiben.

Den Druck auf den Mietmarkt mindert die SPD zu allererst durch den Bau von möglichst vielen neuen Wohnungen. Auch die 2015 eingeführte Mietpreisbremse sollte für eine Deckelung der Mieten sorgen. Nach ihrem Inkrafttreten zeigt sich: Das mit dem Gesetz eingeführte Bestellerprinzip (wer den Makler bestellt, bezahlt ihn



auch) funktioniert und Wohnungssuchende werden entlastet. Das große Ziel der Mietpreisdeckelung wurde bisher jedoch nicht erreicht. Die Neumieten liegen oft immer noch etwa ein Drittel höher als zulässig. Daher Bedarf es einer Verschärfung der Mietpreisbremse. Die SPD konkretisiert dazu folgende Maßnahmen: Zukünftig sollen Vermieter ver-

pflichtet werden, die vorige Miete offenzulegen. Etwasige Rückzahlungsansprüche müssen ab Vertragsschluss gelten und nicht erst ab dem Zeitpunkt einer Rüge. Weiterhin sollen die Modernisierungumlagen gesenkt, Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen nach Modernisierung eingeführt und die Härtefallregelung konkretisiert werden.

2016 hat das Land Berlin bereits im Bundesrat mit einem Gesetzentwurf die Initiative ergriffen und auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) legte 2016 im Bundeskabinett eine zweite Mietrechtsnovelle vor. Die CDU/CSU hat diese Nachjustierung der Mietpreisbremse bisher verhindert.

Rechtsextreme im Bezirk

Diskussion über Anschlagserie in Neukölln

Das vielfältige politische und bürgerliche Engagement in Neukölln für das Gelingen von Integration und das Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft, in der alle teilhaben können und wollen, wird oftmals durch Populismus und Rechtsextremismus erschwert oder verhindert.

Als Zeichen der Unterstützung seitens der Bundespolitik für dieses Neuköllner Engagement, luden am Abend des 4. Juli Cansel Kiziltepe und Fritz Felgentreu aus der SPD-Bundestagsfraktion zu einer Diskussionsveranstaltung „Demokratie stärken – Gemeinsam gegen Rechts“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Berliner Politik

und Organisationen in das Nachbarschaftsheim Neukölln. Mirjam Blumenthal, Kreisvorsitzende des DGB, schilderte in einem Erfahrungsbericht eindrücklich die aktuelle Situation der Menschen im Visier von extremistischer Gewalt in Neukölln. Der Neuköllner Direktkandidat Felgentreu betonte die Verantwortung der Bundespolitik, die Städte und Kommunen mit der Problematik nicht alleine zu lassen. Zu den Erfolgen der Legislatur zählt er die Verdreifachung der Mittel des zentralen Präventionsprogramms „Demokratie leben!“ auf 100 Millionen Euro. Er hob die Bekämpfung von Rechtsextremismus und das Eintreten für

Demokratie als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe hervor, die alle angehe. Insbesondere junge Menschen müsse man hierfür begeistern. Außerdem plane die SPD-Bundestagsfraktion ein Demokratiefördergesetz, um für die lokalen Organisationen verlässliche Rahmenbedingungen und mehr finanzielle Sicherheit zu schaffen. Gerade erst wurde die Finanzierung verfassungsfeindlicher Parteien durch eine Änderung des Grundgesetzes verhindert. „Wer die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zum Ziel hat, darf nicht durch staatliche Gelder unterstützt werden“, so Felgentreu.

Kostenfreie Bildung von Anfang an

Kitas sind nicht nur Einrichtungen, in denen Kinder betreut werden – sie sind Bildungseinrichtungen

Die SPD ist der Überzeugung: Wer Schulgebühren ablehnt, muss auch für die gebührenfreie Kita sein. Von Kritikern dieser Forderung heißt es: „Die Verbesserung der Qualität in den Kitas ist wichtiger“ oder „hohe Beiträge zahlen sowieso nur Besserverdienende“. Zu Recht werden Verbesserungen der Qualität in Kitas und eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern gefordert. Auch der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu will, dass Kitas gut ausgestattet sind – nur sollen

Eltern sich nicht zwischen besseren oder gebührenfreien Kitas entscheiden müssen. Eltern und ihre Kinder sollen beides bekommen. Einen inhaltlichen Grund für Kita-Gebühren gibt es nicht. Am Ende geht es einfach nur ums Geld. Und Geldfragen sind Fragen politischer Prioritäten. Für die Sozialdemokratie bedeutet das: Wenn es um die Zukunft der Kinder geht, darf nicht am falschen Ende gespart werden. Denn die frühkindliche Bildung stellt entscheidende Weichen für den späteren Schul- und



Felgentreu: „Die härtesten Kieze brauchen die besten Kitas und Schulen. Und das kostenfrei!“

Ausbildungserfolg. Versäumnisse rächen sich bitter. Von der gebührenfreien Kita haben alle Kinder etwas – besonders aber die, die zu Hause nicht deutsch sprechen. Für sie kann der Kitabesuch die entscheidende Voraussetzung dafür sein, dass sie in der Schule von Anfang an dem Unterricht folgen können. Felgentreu ist deshalb schon lange der Überzeugung, dass Kinder in den härtesten Kiezen die besten Kitas und Schulen brauchen. Aber auch alle anderen Kinder, egal, ob ihre Eltern über ein gerin-

ges Einkommen verfügen oder wohlhabend sind, profitieren enorm voneinander, wenn sie die Chance haben, zusammen zu lernen und zu spielen. Deshalb ist jede Zugangshürde ein Problem – und Gebühren können sich als große Hürde erweisen. Die SPD will, dass alle Kinder einen guten Start ins Leben haben. Deshalb setzen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für mehr Kitaplätze, für Qualitätsverbesserungen und Beitragsfreiheit ein. Es geht um gebührenfreie Bildung für alle, von Anfang an.

Klare Regeln für das Miteinander

Im Gespräch mit dem Neuköllner SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Felgentreu

Mit dem Neuköllner SPD-Abgeordneten Fritz Felgentreu sprachen wir über seine Politik in und für Neukölln im Bundestag.

Herr Felgentreu, was macht Neukölln für Sie aus?

Neukölln ist vielen Menschen bekannt als sozialer Brennpunkt, als Szene-Hochburg, als Bezirk der Gegensätze. Für mich ist Neukölln vor allem eins: mein Berlin. Als ich 1989 aus Schleswig-Holstein nach Neukölln zog, entwickelte sich der Bezirk immer mehr zu einem Problemkiez. Deshalb war es für mich wichtig, mich zu engagieren und aktiv zu sein in meinem neuen Zuhause. Seit 25 Jahren mache ich aktiv Politik in und für Neukölln. In dieser Zeit habe ich gelernt, dass es die große Vielfalt an Weltanschauungen, an Lebensentwürfen und Herkünften ist, die uns ausmacht. Aber diese Vielfalt braucht auch klare Regeln und einen starken Staat für das gemeinsame Miteinander. Das zeigt

sich an den Schulen, beim Wohnungsbau, aber auch bei der Sicherheit auf den Straßen und Plätzen Neuköllns oder dem Umgang mit „Müll-Hotspots“.

Was haben Sie für Neukölln in den letzten vier Jahren im Bundestag erreicht?

Als Beispiel möchte drei konkrete Zahlen nennen: 1,2 Mio. Euro, 1,68 Mio. Euro und 2,7 Mio. Euro. Fast 1,2 Millionen Euro aus Bundesmitteln kommen jetzt 11 Neuköllner Kitas zur Sprachförderung im Alltag zugute. Für viele Kinder in Neukölln, die zu Hause kein Deutsch sprechen, ist die frühe intensive Sprachbildung sehr wichtig. Die deutsche Sprache ist Voraussetzung, um in der Schule nicht den Anschluss zu verlieren. Zweitens: Das Jobcenter Neukölln hat mehr als 1,6 Millionen Euro zusätzlich für Jobvermittlung und Qualifikationsmaßnahmen im vergangenen Jahr erhalten. Auf der einen Seite bekommen dadurch die schon lange in Neukölln lebenden Menschen



Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu vor der Britzer Mühle

Foto: Jannis Chavakis

die Unterstützung, die sie bei der Jobsuche brauchen. Auf der anderen kommt es auch Flüchtlingen zugute, die arbeiten und auf eigenen Beinen stehen wollen. Ein Grund zur Freude war auch die Zusage von 2,7 Millionen Euro aus Bundesmitteln

für die Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg. Mitten in der Gropiusstadt wird hier ein „Zentrum für Sprache und Bewegung“ entstehen, ein Bildungs- und Begegnungsort für Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft.

Was sind Ihre Ziele für Neukölln?

Die Lockerung des Kooperationsverbots ist das richtige Signal. Die SPD steht für den Ausbau von Ganztagschulen, für gebührenfreie Kitas und die dringend benötigte Moder-

nisierung unserer Bildungseinrichtungen.

Wir brauchen erstklassige Kitas und Schulen in Neukölln – nur so können wir Kinder und Familien so unterstützen, wie sie es brauchen. Ich will die Bundespolizei, den Zoll und den Verfassungsschutz stärken, um organisierte Kriminalität und Extremismus zu bekämpfen. Mit Blick auf die Altersversorgung der Neuköllnerinnen und Neuköllner wird es Zeit, dass wir eine gesetzliche Solidarrente für langjährig Beschäftigte einführen und ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent gesetzlich garantieren. Wer jahrzehntelang arbeitet und einzahlt, darf im Alter nicht in Armut geraten. Und: Die U7 muss von Rudow bis zum Flughafen Schönefeld verlängert werden. Eine Hauptstadt braucht eine ordentliche Anbindung an den Hauptstadtflughafen. Es kann nicht angehen, dass der Süden Neuköllns im Autoverkehr erstickt!

Familienfest in Britz

Wochenendausflug für Kinder zu gewinnen

Vier Jahre erfolgreiche Arbeit für Britz und Neukölln feiern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit ihrem Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Felgentreu in der Bruno-Taut-Schule in Britz.

Eingeladen haben die ‚Falken‘ die für die Kinder zahlreiche tolle Angebote bereithalten: das große Hopsekissen, Schminken, Gipsmasken und viele andere Aktivitäten. Wer alle einmal ausprobiert, hat auch gute Chancen, eine Wochenendausflug für Kinder mit den Falken zu gewinnen und darf auch gleich noch eine Freundin oder einen Freund mitnehmen. Die Verlosung findet kurz vor 17

Uhr statt. Für alle Besucherinnen und Besucher gibt es Kaffee und Kuchen, Musik und gute Laune.

Fritz Felgentreu wurde vor vier Jahren zum ersten Mal direkt in den Bundestag für Neukölln gewählt. Er hat sich dort vor allem für Familien- und Kinderpolitik und für Sicherheitsfragen stark engagiert. Außerdem standen natürlich alle Belange der Neuköllnerinnen und Neuköllner im Vordergrund. Ein guter Zeitpunkt also, Rechenschaft abzulegen und im beginnenden Wahlkampf in die Zukunft zu schauen.

Während die Kinder toben und spielen, können die interessierten erwachsenen Nachbarn mit Fritz Felgen-

treu über das Programm und die Pläne der SPD für die nächsten vier Jahre und darüber hinaus diskutieren. Wie immer gibt es keine thematischen Vorgaben, es wird munter drauf los diskutiert.

Das Familienfest findet statt am:

**Sonntag, 9. Juli
von 15 bis 17 Uhr
in der Bruno-Taut-Schule
Bruno-Taut-Ring 9c
12359 Berlin**

Interessierte sind herzlich dazu eingeladen vorbeizuschauen, mitzudiskutieren oder auch einfach nur ein leckeres Stückchen Kuchen abzuschnappen.

BUNDESTAGSABGEORDNETER FELGENTREU IMMER FÜR SIE ANSPRECHBAR!

KOMMEN SIE INS GESPRÄCH. TERMINANGEBOTE



felgentreu.de oder Tel. 030 – 568 211 11 anmelden:

- Bürgersprechstunde am 12. Juli ab 15:30 Uhr
- Stammtisch am 15. August um 20:00 Uhr im Café Selig am Herrfurthplatz 14
- Bürgersprechstunde am 16. August ab 15:00 Uhr
- Bürgersprechstunde am 30. August ab 15:00 Uhr
- Public Viewing des TV-Duells zwischen Merkel und Schulz am 3. Sept. um 19:00 Uhr in der Villa

Rixdorf, Richardplatz 6

- Bürgersprechstunde am 11. Sept. ab 14:00 Uhr
- Stammtisch am 12. Sept. um 20:00 Uhr – Ort offen (www.fritz-felgentreu.de)

Sie möchten Ihren Bundestagsabgeordneten gern kennenlernen und von ihm mehr über seinen Alltag und die Arbeit für Neukölln erfahren? Mit ihm über Themen sprechen, die Ihnen besonders am Herzen liegen? Dann nutzen Sie die Chance und laden Sie Herrn Felgentreu zu sich nach Hause ein. Kommen Sie gemeinsam mit Ihren Freunden und Familien ins Gespräch mit Herrn Felgentreu. Er freut sich über den persönlichen Austausch und bringt gerne einen Kuchen mit!

Kommt die Verlängerung der U7 zum Flughafen?

Für Michael Müller ist der U7-Ausbau eine Möglichkeit, den BER besser anzubinden

Nach jetzigen Plänen sollen 45 Millionen Fluggäste jährlich vom BER an- und abfliegen. Jeder zweite Reisende soll mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie der Regionalbahn, der S-Bahn und Shuttlebussen zum U-Bhf. Rudow nach Berlin bzw. zum Flughafen gelangen.

Geht es nach dem Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Felgentreu, soll die U7 Teil des Angebots werden und künftig nicht mehr am U-Bhf. Rudow enden, sondern bis zum Flughafen weiterfahren. Denn die

Shuttlebusse würden zu Stoßzeiten alle drei Minuten die Rudower Spinne in Richtung BER verlassen und der Neuköllner Süden dadurch im Verkehr ersticken. Daher fordert die SPD Neukölln die Verlängerung der U7. Felgentreu macht auf die Bereicherung des Vorhabens für Neukölln und Berlin aufmerksam: „Der Lückenschluss der U7 zum Flughafen ist dem Busverkehr auf der Straße vorzuziehen und wird dringend benötigt, um den Flughafen BER metropolengerecht erschließen zu können. Im



Dr. Fritz Felgentreu fordert den U7-Ausbau zum Flughafen

Foto: Jannis Chavakis

Zuge der Überarbeitung des Verkehrskonzeptes für den Flughafen stellt eine Verlängerung der U7 eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Schienenangebots dar, um dem zu erwartenden Fluggastaufkommen gerecht zu werden. Zusätzlich kann in einem ersten Schritt eine Verlängerung der U-Bahn zum Frauenviertel mit einem U-Bhf. Lieselotte-Berger-Platz eine echte Lebensverbesserung für 4.000 Menschen und einen Attraktivitätsschub für den Kiez und die Umgebung bewirken. Den Bewohnern

im Frauenviertel wurde schon beim Bau 1996 versprochen, dass sie einen U-Bahnanschluss Lieselotte-Berger-Platz bekommen würden. Deshalb hielt man eine Trasse für einen U-Bahntunnel frei. Es wird Zeit, dass dieses Versprechen eingelöst wird.“ Auch der Regierende Bürgermeister Michael Müller sagte gegenüber der taz, dass der U7-Ausbau eine Möglichkeit sei. BVG-Sprecherin Petra Reetz dazu: „Die U7 ist eine gut funktionierende Linie, die würde auch den zusätzlichen Verkehr bewältigen.“